

Frankreich habe von einem neuerlichen Kriege, selbst wenn er wieder mit einem Siege der Franzosen enden sollte, keinerlei Vorteile zu erwarten. Frankreich sei in seinem vollen Umfange wieder hergestellt. Es sei angegriffen worden und es habe sich verteidigt. Die französische Fahne, die Fahne des Rechtes und der Freiheit habe gesiegt. Jetzt könne Frankreich, um sich selbst treu zu bleiben, nur eines unternehmen: Sich fest entschlossen dem Frieden zuwenden und die Völker einladen für den Fall eines Angriffes die juristische Lösung des Konfliktes zu organisieren. Juristische Lösungen zu suchen, solche keineswegs aus die notwendigen Vorkehrungsmaßnahmen zu treffen, die, falls die friedlichen Lösungen vergebens wären, unerlässlich seien.

Vorläufige Ergebnisse der Angestelltenwahlen.

Berlin, 14. November. Die im Hauptauschuss vereinigten Angestelltenverbände haben nach vorläufiger Schätzung in 121 Wahlbezirken bei den Wahlen zur Angestelltenversicherung bisher 318 Vertrauensmänner und 587 Ersatzmänner zu verzeichnen. Auf den Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverband entfallen davon allein 171 Vertrauensmänner und 293 Ersatzmänner. Die im Afa-Bund zusammengeschlossenen Angestelltenverbände haben nach den bisherigen Feststellungen in den entsprechenden Bezirken 39 Vertrauensmänner und 113 Ersatzmänner zu verzeichnen. Bei den Splittergruppen sind dementsprechend 6 Vertrauensmänner und 19 Ersatzmänner gewählt worden. Aus dem ganzen Reiche wird starke Wahlbeteiligung gemeldet. In München wurden 17 000 Stimmen gegen 9600 im Jahre 1922 gezählt. In Hamburg, wo auch noch am Montag gewählt wird, wurden am Sonntag bereits 27 600 Stimmen gegenüber 11 400 bei den vorigen Wahlen abgegeben.

Der Wahlverlauf zur Hessischen Landtagswahl.

Darmstadt, 13. November. Die heutigen Wahlen zum Hessischen Landtag verliefen, nach den bisher vorliegenden Meldungen, äußerst ruhig. Im Straßenverkehr merkte man kaum etwas davon. Lediglich die Kommunisten veranstalteten Demonstrationen. Bis gegen Mittag 3 Uhr war nur etwa 20 Prozent der Wahlberechtigten erschienen. Die Beteiligung steigerte sich dann etwas und erreichte gegen 1/5 Uhr etwa 40 Prozent. Eine Wahlbeteiligung über 50 und 55 Prozent hinaus dürfte wohl kaum zu erwarten sein.

Die Bürgerchaftswahlen in Bremen. Ruhiger Verlauf.

Bremen, 13. November. Im Bremischen Saatsgebiet fanden am Sonntag nach dem normalen Ablauf der dreijährigen Legislaturperiode die Neuwahlen zur Bürgerchaft statt. Ein heftiger Wahlkampf ist vorausgegangen. Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Völkische Freiheitsbewegung haben sich zu einer Einheitsliste verbunden. Demokraten, Zentrum, Hausbesitzer, Bodenreformer und Volksrechtspartei haben eigene Listen aufgestellt. Der heutige Wahltag war von gutem Wetter begünstigt. Bereits um 8 Uhr früh begannen die Propagandazüge mit Lastwagen und Musikkapellen. Die Wahlbeteiligung war bereits in den Vormittagsstunden sehr erheblich und steigerte sich am frühen Nachmittag noch bedeutend. In einzelnen Wahllokalen hatten bereits um 4 Uhr nachmittag etwa 90 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben. Überall waren Schlepper am Werk, um die Säumigen zur Wahlurne zu bringen. Die Wahl ist, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, ohne Störungen verlaufen.

Der Volkstrauertag in Bayern.

München, 13. November. In Bayern wurde heute der Volkstrauertag zum Gedächtnis der im Weltkrieg Gefallenen begangen. Die öffentlichen Gebäude zeigten aus diesem Anlaß schwarze Fahnen. In München zogen schon am frühen Nachmittag die Angehörigen der dem Bayerischen Kriegerbunde angehörenden Vereine und Verbände zu den Pfarrgottesdiensten, vor allem aber zu den großen offiziellen Hauptgottesdiensten in der katholischen St. Michaelskirche und in der evangelischen St. Lukas-Kirche. Auch in der Synagoge wurde ein Trauergottesdienst abgehalten. Um 1/2 12 Uhr vormittags begann dann vor dem Armeemuseum am Münchener Kriegerdenkmal die alljährliche große Trauerfeier zu Ehren der 13 000 gefallenen Söhne der Bayerischen Landeshauptstadt unter Teilnahme der Staatsregierung, der Reichswehr, des Landtages, der Reichs-, Staats- und städtischen Behörden, der Generalität der alten Armee, der Mitglieder des Hauses Wittelsbach, der Studentenschaft, Schülervereine und -verbände und der Hinterbliebenen der Gefallenen. Bei der Feier hielt der Bezirksobmann des Bayerischen Kriegerbundes, Dr. Dimpfl, die Gedächtnisanrede. Ihr folgte der eigentliche Trauertag mit dem Ehrensalut der Reichswehr. Das Lied „Ich hat einen Kameraden“ leitete über zu der Kranzniederlegung am Kriegerdenkmal. Mit den Klängen des Münchener Landständischen Dankgebetes schloß die Feier, worauf unter dem bayrischen Präsentiermarsch der Abmarsch der Reichswehr und Vereine erfolgte. Die Beteiligung an der Feier war aus allen Bevölkerungskreisen sehr stark.

Berücksichtigung der italienisch-jugoslawischen Beziehungen.

Keine Aussicht auf eine Begegnung Mussolini—Marinowitsch.

Paris, 13. November. Der jugoslawische Minister des Auswärtigen, Marinowitsch, wird entgegen den bisherigen Informationen nicht über Rom, sondern direkt nach Belgrad zurückkehren. Der Zweck einer Unterredung mit Mussolini, so erklärte Marinowitsch gegenüber Pressevertretern, wäre gegenwärtig nicht recht ersichtlich. In den letzten Monaten habe sich die jugoslawische Diplomatie bemüht, mit Italien einen Freundschaftsvertrag, der dem jeden unterzeichneten französisch-jugoslawischen Abkommen ähnlich sein sollte, zustande zu bringen. Mussolini habe jedoch dem jugoslawischen Gesandten in Rom während zweier Monate auf einen Empfang durch ihn warten lassen. Um den Charakter und Sinn des französisch-jugoslawischen Vertrages zu klären, müßte die Initiative nunmehr von der italienischen Regierung ausgehen.

Die Entscheidung über Krieg oder Frieden 1914 und jetzt in Englands Händen.

Paris, 13. November. Viktor Baidj beschwört in der „Belonte“ England, gegen einen bevorstehenden kriegerischen Konflikt Jugoslawiens und Italiens aufzutreten. Wenn England 1914 entschlossen zu verfahren gegeben hätte, daß es einen Krieg nicht zulassen werde, so wäre die entsetzliche Katastrophe vermieden worden. Ebenso wie im Jahre 1914, liege jetzt die Entscheidung über Krieg oder Frieden in Englands Händen. Man würde es England nicht verzeihen, wenn es seine Pflicht sich selbst und der Humanität gegenüber erneut vergessen würde.

Politische Rundschau Deutsches Reich.

Die Gemeinschaftsschule im Reichsschulgesetz.

Die im Bildungsausschuss des Reichstages nach längerer Auseinandersetzung angenommenen beiden ersten Abträge des § 3 des Reichsschulgesetzes haben folgenden Wortlaut: „Die Gemeinschaftsschule steht grundsätzlich allen volksschulpflichtigen Kindern offen. — Sie erfüllt die Unterrichts- und Erziehungsaufgaben der deutschen Volksschule auf religiös-sittlicher Grundlage ohne Rücksicht auf die Besonderheiten einzelner Bekenntnisse und Weltanschauungen. Die aus dem Christentum erwachsenen Werte der deutschen Volkskultur sind im Unterricht und in der Erziehung lebendig zu machen.“ Auch der weitere Absatz, der für alle Klassen der Gemeinschaftsschule Religionsunterricht vorseht, wurde angenommen.

Die Rentnerversorgung.

Dem Reichstage liegt zurzeit der Entwurf eines Rentnerversorgungsgesetzes vor. Hierzu hat der Reichsstadtebund eine Eingabe an den Reichsarbeitsminister gerichtet, in der unter Anerkennung des Versorgungsgedankens der Entwurf begrüßt wird in der Voraussetzung, daß der Rechtsanspruch der Rentner gegen das Reich, nicht gegen die Gemeinden gelte. In der Eingabe wird erklärt, daß eine endgültige Stellungnahme zu dem Entwurf erst dann möglich sei, wenn sich die finanziellen Auswirkungen des Gesetzes auf Grund einer erschöpfenden Statistik über die Zahl und die Verhältnisse der Rentner übersehen lassen. — Der Deutsche Rentnerbund veranstaltete in Berlin eine Versammlung, die sich mit dem Entwurf des Rentnerversorgungsgesetzes beschäftigte. Man beschloß, auf die Verbesserung des Gesetzes hinzuwirken; Zusatzanträge und Abänderungsvorschläge sollen von dem Vorstand eingebracht werden.

Rußland.

X Russlands Teilnahme an der Abrüstungskonferenz. Die Sowjetunion hatte bekanntlich dem Generalsekretär des Völkerbundes mitgeteilt, daß sie in der Lage sei, an der kommenden Session der Vorbereitenden Abrüstungskommission teilzunehmen. Gleichzeitig hatte die Sowjetregierung Angaben über das Datum der Eröffnung und die Tagesordnung verlangt. Die gewünschten Auskünfte wurden dann dem Volkskommissar Tschitscherin übermittelt und dieser hat jetzt mit Datum vom 10. November an den Generalsekretär befragt, daß seine Regierung die Einladung zur Teilnahme annehme. Über die Zusammenfassung der russischen Delegation wird von Tschitscherin keine Auskunft gegeben.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der preussische Kultusminister läßt zu dem Fall des Professors von Möller, der republikfeindliche Äußerungen getan haben soll, folgende Nachricht verbreiten: „Die erste Vernehmung des Professors von Möller hat stattgefunden und die Notwendigkeit weiterer Erhebungen ergeben. Die Entscheidung des Kultusministers dürfte erst in den nächsten Tagen zu erwarten sein.“

Berlin. Im deutsch-englischen Fernsprechnetz wird voraussichtlich vom 1. Dezember ab eine Ermäßigung der Gebühren um etwa 25 Prozent eintreten.

Leipzig. Wie der Oberreichsanwalt mitteilt, ist entgegen der Meldung eines Berliner Mittagsblattes ein Haftbefehl gegen den Naziführer Professor Dr. Förster bisher nicht erlassen worden. Es ist lediglich dem Antrag auf Einleitung der Voruntersuchung gegen Professor Förster stattgegeben worden.

Oldenburg. Der Oldenburgische Landtag beschloß, die Staatsregierung zu ersuchen, an die Landesbeamten und -angestellten der Gruppen I—IV, an die Parteigeld- und Ruhegehaltsempfänger sowie an die Bezieher von Hinterbliebenenbezügen eine einmalige Notstandsbeihilfe zu zahlen.

„D. 1220“ beim Start verunglückt.

Die Maschine schwer beschädigt. Das Heinkel-Flugzeug „D. 1220“ war, nach einer Meldung aus Horta, am Sonntag früh gestürzt. Nach dreitägigem Aufenthalt überflog sich das Flugzeug beim Springen über eine Dünen, wobei die Maschine schwer beschädigt wurde. Das Flugzeug wurde wieder eingeschleppt und im Hafen an der Boje festgemacht. Die Besatzung ist unverletzt.

Der mißglückte Start des D 1220.

Wie ergänzend aus Horta gemeldet wird, erfolgte der mißglückte Start des D 1220 bei Mondlicht und Südwind. In dem Augenblick, als das Flugzeug sich vom Wasser abhob, wurde der Flugzeugführer an der rechten Tragfläche von einer Welle erfaßt, wodurch das Flugzeug sich überschlug. Die Besatzung wurde durch ein sofort herbeigeeiltes Motorboot gerettet. Das Flugzeug ist völlig flugunfähig.

Borjensationellen Verhaftungen in der Affäre Blumenstein in Paris.

Ein Konjunkt festgenommen.

Paris, 13. November. Der französische Konjunkt Lacaze ist im Zusammenhang mit der Affäre Blumenstein gestern abend verhaftet worden. Die Aussagen Lacazes sollen für eine Anzahl französischer Persönlichkeiten arg beläsend sein, so daß weitere sensationelle Verhaftungen als bevorstehend angekündigt werden.

Im Schatten der Neuwahlen.

Dr. Stresemann über politische Tagesfragen.

In einer in Halle veranstalteten Versammlung der Deutschen Volkspartei sprach Reichsminister des Äußeren Dr. Stresemann. Hinsichtlich der Wirtschaftslage betonte Dr. Stresemann, daß wir trotz unserer augenblicklich durch eine gute Konjunktur günstigen Wirtschaftslage zu größter Sparsamkeit gezwungen seien. Eine Vielseitigkeit der Verwaltungen, wie sie das Deutsche Reich sowie die Länder und Gemeinden sich jetzt leisten, entspräche nicht unserer tatsächlichen finanziellen Lage. Auf dem Gebiete der Verwaltungsreform müßten entscheidende Schritte getan werden. Man dürfe Länder, die die Abficht hätten, als Reichsländer in dem Reiche aufzugehen, und nicht mit anderen Ländern sich verschmelzen wollen, daran nicht hindern.

Hinsichtlich des Reichsschulgesetzes führte Dr. Stresemann aus, daß die Deutsche Volkspartei gegenüber diesem Gesetz durchaus positiv eingestellt sei, aber nichts wirklichermaßen auf sie als die ausserbrochene Drohung, daß mit

dem Nichtzustandekommen des Reichsschulgesetzes auch die Koalition stele. Denn einmal sei in dieser Frage kein Kompromiß wie bei wirtschaftlichen Dingen vorgezogen und weiter habe es die Deutsche Volkspartei nicht vergessen, daß bei dieser Koalition die Deutsche Volkspartei nicht die Nehmende, sondern die Gebende gewesen ist.

Ein besonderes Kapitel seiner Rede widmete Dr. Stresemann der Lage der Landwirtschaft, die im Gegensatz zu unserer gegenwärtig günstigen industriellen Lage mit Verlustarbeit, und deren Situation durch ihre starke Verschuldung besonders unerfreulich sei. Gerade weil wir die Kaufkraft und die Produktion der Landwirtschaft dringend benötigen, ist es Pflicht, auf sie Rücksicht zu nehmen bei denjenigen Handelsvertragsverhandlungen, bei denen wir in der schweren Lage sind, für unseren Export die erforderlichen Möglichkeiten zu schaffen, zumal wir nicht nur die Aufrechterhaltung, sondern die Steigerung des Exports brauchen und dabei gegen die Abzerrungspolitik anderer Länder zu kämpfen haben.

Es komme vor allem darauf an, auf landwirtschaftlichen Gebieten dafür zu sorgen, daß unsere Produktion eine steigende wird und daß auch die starken Persönlichkeitswerte, die in einer bodenständigen Landwirtschaft wurzeln, erhalten bleiben.

Dr. Stresemann richtete zum Schluß seiner Darlegungen an seine Parteifreunde die Mahnung, sich darauf einzurichten, daß man nicht unbedingt mit einem normalen Ablauf der gegenwärtigen Wahlperiode des Reichstages rechnen könne. Der Wahlkampf werfe seine Schatten voraus. Er lehne es ab, heute schon eine Wahlparole auszugeben, da nicht die Wahlparole des Tages entscheidend sein werde, sondern der Erfolg der seit der Umwälzung geleisteten sachlichen Arbeit.

Sparvorschläge der Deutschen Volkspartei.

Berlin. Der Parteivorstand und der Reichsausschuss der Deutschen Volkspartei haben, wie die Nationalliberale Korrespondenz meldet, nach Entgegennahme der Berichte der Minister Dr. Stresemann und Dr. Curtius zur gegenwärtigen, insbesondere durch den Meinungsaustrausch des Reparationsagenten mit der Reichsregierung beeinflussten Lage eine Entschleunigung gefordert, in der es heißt: Ein Einpruch des Reparationsagenten gegen die zurzeit von der Reichsregierung vorgelegten großen Gesetze mit finanzieller Auswirkung, insbesondere die Besoldungsvorlage und das Entschleunigungsgesetz, liegt nicht vor, seine Verdrängung könnte auch in Zukunft nicht anerkannt werden. Die Deutsche Volkspartei hält daran fest, daß die beiden genannten Vorlagen schleunigt zu verabschieden sind. Dagegen verlangt sie mit gleichem Nachdruck die Zuangriffnahme einer durchgeführten Verwaltungsreform, die unter Umständen auch vor einer Änderung der Verfassung, womit das Verhältnis des Reiches zu den Ländern in Frage kommt, nicht hinhaltet.

Die Wirtschaft Deutschlands bedarf dringend der Milderung der auf ihr ruhenden Lasten. Die Haushaltsgebarung des Reiches muß so gestaltet werden, daß der künftige Reichshaushalt nicht nur ohne Steuererhöhung abgeglückt, sondern daß auch die Senkung der Realsteuern tatsächlich durchgeführt werden kann. Arbeitgeber und Arbeitnehmer leiden gleichermaßen unter der Höhe der sozialen Lasten, denen noch immer nicht entsprechende Leistungen gegenüberstehen. Zur Erreichung dieser Ziele müssen Reichsregierung und Reichstag zusammenwirken; es wird ein Weg zu suchen sein, der geeignet ist, die hemmungslos gewillkürte Ausgabengabe von Mehrausgaben durch das Parlament einzuschränken.

Eine Einwirkung des Reiches auf Länder und Gemeinden im Sinne sparsamster Haushaltsführung ist deshalb unbedingt notwendig. In erster Linie gehört hierzu eine starke Einschränkung der Anleiheaufnahme, die nur unter der Kontrolle des Reiches in Zukunft möglich sein darf.

Prinz Carols Thronverzicht.

Veröffentlichung der Dokumente.

In Bukarest sind die Akten und Dokumente über die Thronverzichtserklärungen des ehemaligen Kronprinzen Carol erschienen. Die erste Thronverzichtserklärung erfolgte brieflich am 2. September 1918 in Jassy, als der damalige Kronprinz mit Frau Lambrino zusammen nach Odessa abreiste. Die Vermählungen, den Prinzen zum Verzicht auf die Heirat und damit zur Zurücknahme der Verzichtserklärung zu bewegen, scheiterten.

Am 19. August 1919 (nach der gerichtlichen Nichtigkeitsklärung der Ehe) schrieb Carol an Frau Lambrino folgende Zeilen: „Trotz der Nichtigkeitsklärung unserer Heirat habe ich niemals aufgehört, mich als Deinen angetrauten Gatten zu betrachten.“ Am selben Tage sandte Carol an König Ferdinand seine zweite Thronverzichtserklärung. Die Veruche des Königs und der Regierung, den Prinzen zu einem Gesinnungswechsel zu bringen, führten gegen Ende des Jahres 1919 zu dem Bruch Carols mit Frau Lambrino. Der Prinz heiratete im März 1921 die Prinzessin Helena von Griechenland.

Gegen Ende des Jahres 1925 ging der Prinz ein Verhältnis mit der Frau Wolf, genannt Lupescu, Frau eines Hauptmanns, ein. Carol wurde nach London geschickt, um den Verzichtserklärungen für die Königin Alexandra beizuwohnen, nachdem er sein Ehrenwort gegeben hatte, vor Weihnachten zurückzukehren. Er traf aber im Ausland mit Frau Wolf-Lupescu zusammen und sandte von Venedig aus eine dritte Thronverzichtserklärung, in der er König Ferdinand sagte, er betrachte diesen Verzicht als durchaus unwiderruflich. Von Mailand aus erneuerte der Prinz zum vierten Male seine Erklärung zum Thronverzicht, wobei er ausführte: „Ich verzichte auch auf alle Rechte, die ich nach dem Gesetze des Landes auf meinen Sohn und dessen Güter besitze.“ Als die Regentenschaft gebildet wurde, sandte Carol am 26. Februar 1926 einen von Mailand datierten Brief an den Patriarchen, der also begann: „Viele glauben, daß ich das Opfer einer Verwirrung geworden bin, daß ich zu meinem bekannten Entschluß gezwungen wurde. Ich kann versichern, daß ich nach eigenem Willen und in vollem Bewußtsein meiner Handlungsweise gehandelt habe.“

Im Manolescu-Prozess erst hat die Angeklagte, daß der frühere Kronprinz Carol nur ein Regent zurückzuführen beabsichtige. Manolescu verlas in diesem Zusammenhang die Erklärung Carols, um zu beweisen, daß dieser keinerlei Änderung der Thronfolge plane. Der Angeklagte vertrat ferner die Auffassung, daß seine eigene Aktion durchaus im Rahmen der Gesetze geblieben sei.

Umfangreiche Gepäckplünderungen spanischer Bahnbeamter.

Madrid, 13. November. Die Polizei hat eine große Diebesbande ausgehoben, der zahlreiche Beamte der Nordbahn angehören. Die Bande hatte es seit längerer Zeit auf das Gepäck der Reisenden abgesehen, aus dem sie systematisch die Wertgegenstände plünderte. In den Verstecken der Diebe wurden gestohlene Gegenstände im Gesamtwert von einer Viertel Millionen Peseten gefunden.